

Pressemitteilung

Ausverkauf statt Verantwortung: Die Bodenpolitik des Freistaats treibt Wohnungspreise in die Höhe

München (03.06.2026): Der Verkauf von öffentlichen Grundstücken zum Höchstpreis ist weiterhin ein alltäglicher Vorgang für den Freistaat– und befeuert Bodenspekulation und Wohnungskrise in München. Während Familien jahrelang nach einer bezahlbaren Wohnung suchen und der Traum vom Eigenheim für die allermeisten in weite Ferne rückt, bietet der Freistaat Bayern in Hartmannshofen drei weitere Grundstücke gegen Höchstpreis zum Verkauf:

- **Niethammerstraße 7:** 1.337 m² mit leerstehendem Altbestand (Baujahr 1927), trotz erheblicher Bauschäden inklusive Schimmelbefall – Kaufpreisvorstellung: 2,7 Mio. Euro.
- **Haldenbergerstraße 33:** 1.221 m² mit leerstehendem Einfamilienhaus (Baujahr 1926), stark sanierungsbedürftig, Asbestverdacht wegen Eternit – erwartet: 2,3 Mio. Euro.
- **Lauterbachstraße 34:** 1.562 m² mit leerstehendem Einfamilienhaus (Baujahr 1926) – Kaufpreisvorstellung: 2,3 Mio. Euro.

Diese Verkäufe stehen exemplarisch für eine Bodenpolitik auf Kosten der Allgemeinheit: Statt den Handlungsspielraum für morgen zu sichern, wird öffentlicher Besitz für schnelles Geld aufgegeben. Besonders fatal ist das im Münchner Nordwesten: In der Gartenstadt Hartmannshofen sollen dem Freistaat einst rund 500 Grundstücke gehört haben – heute noch rund 300. Das Ausmaß des Ausverkaufs ist auf einer interaktiven Karte zu sehen: <https://der-grosse-ausverkauf.de/home/>

*„Wer öffentliche Grundstücke meistbietend verkauft, treibt die Bodenpreise weiter nach oben und verspielt die Chance auf eine soziale und ökologische Stadtentwicklung“, sagt Florina Vilgertshofer vom Jungen Forum. „Der Freistaat gießt damit zusätzlich Öl ins Feuer eines ohnehin überhitzten Immobilienmarktes. Öffentlicher Boden darf nicht für Haushaltskonsolidierung verscherbelt werden, er ist eine zentrale Ressource für das Gemeinwohl. Auch wenn der Bebauungsplan in Hartmannshofen nur begrenzte Nachverdichtung ermöglicht, gäbe es bessere Lösungen als den Verkauf an den Höchstbietenden: Der Freistaat könnte die Häuser bezahlbar vermieten oder die Flächen in Erbpacht an Genossenschaften vergeben. So entstünde dauerhaft bezahlbarer Wohnraum für Familien, Senior*innen, Auszubildende und Studierende – also für die Menschen, die Bayern am Laufen halten. Wir brauchen endlich eine echte Kehrtwende in der bayerischen Bodenpolitik. Öffentliche Liegenschaften müssen grundsätzlich in öffentlicher Hand bleiben. Statt Höchstpreislogik braucht es Erbpacht, Konzeptvergaben und starke Partnerschaften mit Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Wer Boden verkauft, verliert Gestaltungsmacht – und zwar dauerhaft.“*

Forderungen des Jungen Forums München

- **Verkaufsstopp jetzt:** Sofortiges Aussetzen von Veräußerungen öffentlicher Liegenschaften.
- **Neue Vergabepraxis:** Erbpachtmodelle und Konzeptvergaben statt Höchstpreisverfahren.
- **Allianzen für bezahlbaren Wohnraum:** Zusammenarbeit mit Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften

Hintergrund:

Seit Jahrzehnten verkauft der Freistaat Bayern öffentliche Grundstücke – auch in Regionen mit angespannten Immobilienmärkten – nach dem Höchstgebotsprinzip. Das Arbeitskreis Junge Forum des Münchner Forum hat 2021 mit der Kampagne „Der große Ausverkauf“ das Ausmaß dieser Verkäufe sichtbar gemacht. Prominente Beispiele, die im Zentrum der Aktionen standen, sind das Zerwirkgewölbe in der Münchner Innenstadt sowie das ehemalige Strafjustizzentrum München, das inzwischen leer steht.

Trotz massiver öffentlicher Kritik hält der Freistaat bislang an seiner Privatisierungspolitik fest. Zur Begründung verweist die Staatsregierung auf das Haushaltsrecht des Freistaats, das Konzeptvergaben und preisgedämpfte Verkäufe an gemeinwohlorientierte Akteure angeblich erschwere. Der Blick in andere Bundesländer zeigt jedoch, dass eine bodenpolitische Wende möglich ist.

Alle Informationen zur Kampagne finden Sie hier: <https://der-grosse-ausverkauf.de/home/>

Pressekontakt – bei Fragen oder um fachliche Ansprechpersonen zu kontaktieren:

Caroline Klotz
Geschäftsführerin
Geschäftsstelle des Münchner Forum e.V.
Tel. 089 - 28 20 76
info@muenchner-forum.de, www.muenchner-forum.de

Das Münchner Forum - Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Seit über 50 Jahren beteiligt sich das Münchner Forum als zivilgesellschaftliche Diskussionsplattform an der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Gemeinsam mit interessierten Personen aus der Stadtgesellschaft, mit Fachleuten und Politikerinnen und Politiker werden u. a. Fragen des Zusammenlebens, der Zukunft von Verkehr sowie der Gestaltung des öffentlichen Raums diskutiert und Ergebnisse in die Stadtgesellschaft sowie städtischen Entscheidungsprozesse eingebracht.

Diese Presserklärung gibt die Meinung des Arbeitskreises bzw. der Projektgruppe wieder, die sie fachlich erarbeitet hat und muss sich nicht mit der Meinung anderer Arbeitskreise, Projektgruppen und Gremien des Münchner Forums e.V. decken.